



Brigitte Lösch

**Erste stellvertretende Präsidentin
des Landtags von Baden-Württemberg**

**70173 Stuttgart
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Straße 3
Telefon: 0711 2063-233
Telefax: 0711 2063-712
E-Mail: brigitte.loesch@gruene.landtag-bw.de**

Stuttgart, 16. Januar 2012

PRESSEMITTEILUNG

Erfolgreiche Klausurtagung der grünen Landtagsfraktion in Aalen Brigitte Lösch: „Große Zustimmung und positive Resonanz vor Ort“

Als "rundum gelungen" bezeichnet die erste stellvertretende Präsidentin des Landtags, Brigitte Lösch, die dreitägige Klausurtagung, die die grüne Landtagsfraktion in der vergangenen Woche im Ostalbkreis durchgeführt hatte.

Ein Höhepunkt waren für sie die Exkursionen, die die Abgeordneten zu insgesamt 12 Themen durchgeführt hatten. "Das hat uns Abgeordneten gezeigt, dass wir mit unseren Vorhaben in vielen Bereichen offene Türen einrennen: Die Bevölkerung, Betriebe, aber auch viele Behörden freuen sich über die Auflösung des Reformstaus und den frischen Wind, den der Regierungswechsel gebracht habe."

Ganz auffällig sei dies im Bereich der Schulpolitik geworden: Von insgesamt 36 Bildungseinrichtungen, die im gesamten Bundesland als Gemeinschaftsschulen starten können, kommen 4 aus dem Ostalbkreis. Dies zeige, dass eine moderne Schulpolitik keine ideologischen Grenzen kenne und unabhängig von politischen Mehrheiten ihren Weg mache. Dass gerade in dem von ihr betreuten Wahlkreis, der als einer der wenigen nur einen CDU-Abgeordneten stelle, eine so hohe Zahl an innovativen Schulmodellen entwickelt wurde, erfüllt Brigitte Lösch mit großen Stolz.

Auch der ländliche Raum profitiert von der grün-roten Landesregierung. Die Darstellung von Herr MdL Mack ist hier einseitig und nicht auf dem aktuellen Kenntnisstand: Trotz der notwendigen Kürzung der ELR-Mittel hat der Ländliche Raum in Zukunft mehr Mittel zur Verfügung, da 10 Mio. € für die Breitbandförderung über KIF-Mittel bereitgestellt werden. Somit stehen mittelfristig nicht „nur“ 45 Mio. Euro, sondern 55 Mio. Euro, d.h. 3,5 Mio. € mehr zur Verfügung.

Eine Erfolgstory verspricht auch die Energiewende, die durch die Grün-Rote Landesregierung eingeleitet wurde, auf der Ostalb zu werden. Sowohl der Landrat als auch viele Bürgermeister und Vertreter von Stadtwerken haben erkannt, dass hier ein großes Entwicklungspotential für die gesamte Region vorhanden sei. Und die Wertschöpfung verbleibe anders als bei fossilen Energieträgern in der Region.

Bemerkenswert sei hierbei, dass die kommunalen Verantwortlichen im Ostalbkreis bei der Energiewende auf die Bevölkerung setzen. Diese solle nicht nur bei der Standortsuche, sondern auch bei der Finanzierung an erster Stelle beteiligt werden. Damit könnten die Grüne Idee von "Bürgerwindrädern" optimal umgesetzt werden.

Klare Defizite wurden allerdings im Bereich der Infrastruktur ausgemacht. Dass in den letzten 10 Jahren in einer Wirtschaftsregion wie der Ostalb eine Vielzahl von Industriegleisen abgebaut worden seien, würde zu dem drohenden Verkehrsinfarkt durch den schleppenden Ausbau der Straße, den die Vorgängerregierung zu verantworten habe, noch massiv beitragen.

Die neue Regierung hat einen völlig unterfinanzierten Verkehrswegeplan übernommen.

„Mit der reinen Ankündigungspolitik der alten schwarz-gelben Regierung ist nun aber Schluss und wird durch realistische und machbare Verkehrspolitik Schritt für Schritt ersetzt“, so Lösch.

Zurzeit wird vom zuständigen Verkehrsministerium eine Priorisierung der Straßenverkehrsprojekte erstellt. Zu den Kriterien zählen dabei neben den Kosten auch der Planungsstand und die Dringlichkeit.

„Es kann also keine Rede davon sein, dass das Projekt der B29 hinten angestellt wird. Auch wird der Planfeststellungsbeschluss nicht verfallen, da bereits in diesem Zusammenhang die Feldbrücke gebaut wurde, die von Allen als Beleg für einen Baubeginn gesehen wird“, erläutert Lösch.

Brigitte Lösch wies die Kritik des CDU Landtagsabgeordneten Winfried Mack in allen Punkten scharf zurück. „Ich würde Kollegen Mack raten sich in Zukunft besser zu informieren. Ihn scheint der Verlust der Regierungsmehrheit besonders schwer getroffen zu haben.“